Das Sparpaket liegt auf dem Tisch

Sparziel 60 Millionen: Regierungsrat hält fast vollumfänglich am Massnahmenplan zur Stabilisierung des Staatshaushalts fest.

Urs Moser

Die Katze ist aus dem Sack: Der Regierungsrat ist nach dem runden Tisch mit Parteien und Verbänden noch einmal über die Bücher und hat das Massnahmenpaket zur Stabilisierung des Staatshaushalts definitiv geschnürt.

Gemessen an den heftigen Reaktionen, welche die Sparpläne im September auslösten, sind die Korrekturen eher marginal. Neu umfasst der Massnahmenplan insgesamt 117 statt 113 einzelne Positionen, einige wenige Massnahmen wurden fallen gelassen oder zumindest vorderhand zurückgestellt, ein paar sind neu dazugekommen. Eine Zusammenfassung finden Sie im Kontext unten. Das Ziel einer Saldoverbesserung um 60 Millionen im Staatshaushalt kann eingehalten werden.

Viele Massnahmen greifen allerdings nicht sofort. Im nächsten Jahr, für das ohne Massnahmenplan 103 Millionen Defizit budgetiert sind, liegt das Potenzial bei 32 Millionen, es steigt dann in den Folgejahren auf 57 bis 62 Millionen.

Der Regierungsrat in corpore präsentiert den Massnahmenplan (von links): Remo Ankli, Sandra Kolly, Peter Hodel, Susanne Schaffner und Brigit Wyss. Bild: José R. Martinez

Die Lage ist ernst, aber 2014 war sie prekärer

Der Regierungsrat trat am Mittwoch in corpore vor die Medien, um die Bedeutung des Geschäfts zu unterstreichen. Finanzdirektor und Landammann Peter Hodel rekapitulierte noch einmal die Ausgangslage:

Die strukturellen Verschlechterungen im Staatshaushalt setzen sich fort, zu einem grossen Teil von Faktoren getrieben, die der Kanton gar nicht beeinflussen kann, zum Beispiel wachsende Schülerzahlen, steigende Ausgaben für den Kantonsanteil an Spitalbehandlungen und Ergänzungsleistungen.

Das Legislaturziel, die Pro-Kopf-Verschuldung unter 4000 Franken zu halten, kann so nicht erreicht werden. Dazu kommt: Die Sparmassnahmen, zu denen sich auch der Bund gezwungen sieht, werden für die Kantone nicht ohne Folgen bleiben.

Kurzum: Gegenmassnahmen sind unumgänglich, wenn sich der Kanton einen finanzpolitischen Handlungsspielraum, den er jetzt mit einem Eigenkapitalpolster von über 600 Millionen noch hat, erhalten will. Die Situation ist angespannt, aber doch noch bequemer als vor der letzten grossen Sparrunde vor zehn Jahren, als der Kanton auf Biegen und Brechen 150 Millionen einsparen musste.

Kantonsrat kann das meiste nur zur Kenntnis nehmen

Das Paket geht nun zur Beratung an den Kantonsrat. Allerdings liegen die meisten Massnahmen (80 Prozent) mit dem entsprechend grössten Anteil am Sparvolumen (85 Prozent) in der Kompetenz der Regierung. Der Kantonsrat kann wohl in epischer Breite über das Für und Wider debattieren, letztlich hat er sie lediglich zur Kenntnis zu nehmen.

Effektiv im Entscheidungsbereich des Parlaments liegen nur 23 der total 117 Massnahmen mit einem Sparvolumen von maximal knapp 12 Millionen. Hier werden in der Dezembersession erst die Grundsatzentscheide gefällt, der Regierungsrat wird dann die konkreten Vorlagen zur Umsetzung auszuarbeiten und dem Kantonsrat erneut zur Beschlussfassung zu unterbreiten haben.

Den grössten Brocken macht hier die Plafonierung des Globalbudgets für den öffentlichen Verkehr aus, die ab 2027 mit 3 bis 3,7 Millionen zu Buche schlagen soll. Neu in das Paket aufgenommen wurde eine Kürzung der Abfederung der Steuerausfälle der Gemeinden durch die Staf-Vorlage (Unternehmenssteuerreform und AHV-Finanzierung) um je 2 Millionen in den Jahren 2026 bis 2027 (danach läuft der Ausgleich ohnehin aus). Es hat sich gezeigt, dass die Ausfälle weiter tiefer ausgefallen sind als angenommen.

Das Personal und die Gemeinden bleiben in Rage

Einen Löwenanteil der Sparmassnahmen hat das Staatspersonal zu tragen, auch daran hat sich mit der Überarbeitung nichts geändert. Auf Kürzungen beim Leistungsbonus (Sparpotenzial 1,8 Millionen) will der Regierungsrat nun zwar verzichten. Aber es bleibt dabei, dass nächstes Jahr kein Teuerungsausgleich gewährt wird, was den Staatshaushalt um 13 Millionen entlastet (13 Millionen höhere Personalkosten würden einem Teuerungsausgleich von rund 1,5 Prozent entsprechen).

Neu dazu kommt noch, dass für dienstliche Bahnfahrten keine Tickets 1. Klasse mehr vergütet werden, dies allerdings eine Sparmassnahme mit eher symbolischem Charakter (120'000 Franken).

Die Reaktion von Mirco Müller, Präsident des Staatspersonalverbands, lässt sich mit einem Wort zusammenfassen: «Inakzeptabel». Man erwarte hier vom Regierungs- und Kantonsrat eine deutliche Korrektur.

Ein weiterer heikler Punkt im ganzen Paket: Bei etlichen Massnahmen handelt es sich nicht um wirkliche Einsparungen, sondern Kostenumlagerungen auf die Gemeinden, was diese entsprechend empört quittieren: «Es kam, wie es zu befürchten war: Unsere Stimme wurde am runden Tisch nicht erhört. Wir werden uns nun überlegen, wie wir gegen diesen Massnahmenplan vorgehen wollen», sagte Thomas Blum am Mittwoch, der Geschäftsführer des Einwohnergemeindeverbands.

Im einen und anderen Punkt kommt die Regierung den Gemeinden allerdings entgegen: Eine Kürzung der Schülerpauschale um 5 Prozent (5 Millionen) stellt der Regierungsrat zumindest bis auf weiteres zurück. Auch auf eine Verdopplung des sogenannten Waldfünflibers (1,3 Millionen), den Pro-Kopf-Beitrag, den die Gemeinden an gemeinwirtschaftliche Leistungen des Waldes leisten, soll verzichtet werden. Es bleibt aber bei Massnahmen im Umfang von 12 bis 15 Millionen, die die Gemeinden betreffen.

Vom Strassenunterhalt bis zur Prämienverbilligung

Einzelne Punkte in ihrem Zuständigkeitsbereich, auf den die Regierungsmitglieder speziell hinweisen:

Die Kürzungen beim Strassenunterhalt sollen jetzt sogar von 1,2 auf 1,8 Millionen erhöht werden. Das sei mit Blick auf den aktuellen Zustand der Kantonsstrassen verantwortbar, sagt Baudirektorin Sandra Kolly. Und sie betont, dass es sich dabei um eine befristete Massnahme handelt (2025 bis 2028).

Bildungsdirektor Remo Ankli verteidigt den Entscheid, die Schule für Mode und Gestaltung (430'000 Franken) zu schliessen. Die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen gehe zurück. Und es sei auch die klare Strategie des Kantons, die duale Berufsausbildung zu fördern, nicht vollschulische Angebote ohne Lehrbetrieb.

Eine noch eingehendere Überprüfung sämtlicher Staatsbeiträge (Subventionen, Leistungsvereinbarungen zum Beispiel mit sozialen Institutionen) als bisher werde 2025 noch keine Wirkung zeigen, sagt Finanzdirektor Peter Hodel. Es sei diesbezüglich noch nichts präjudiziert. Anvisiertes Sparziel: 2,25 Millionen.

Eine Massnahme, die beim Departement des Innern einschenkt: Den Bezügern von Sozialhilfe sollen neu nicht mehr die vollen Kosten bis maximal zur kantonalen Durchschnittsprämie, sondern nur noch die kantonale Richtprämie aus den Mitteln für die Prämienverbilligung vergütet werden (6 Millionen). Das heisse nicht, dass der Aufwand für die Sozialhilfe in diesem Umfang steigt, sagt Gesundheitsdirektorin Susanne Schaffner. Es sei auch ein Anreiz, kostensparende Versicherungsmodelle zu wählen.

Auffallend im Departement von Volkswirtschaftsdirektorin Brigit Wyss: Die Standortförderung soll komplett neu ausgerichtet werden (140'000 bis 0,5 Millionen Franken). Angedacht ist eine Public-Private-Partnership-Lösung. Sparen will sich der Kanton die Mitgliedschaft bei Greater Zurich Area.

Änderungen zur ursprünglichen Fassung

Diese Massnahmen hat der Regierungsrat gestrichen oder neu aufgenommen.

Raphael Karpf

Auch wenn der Regierungsrat insgesamt rund 60 Millionen sparen will: Im Vergleich zur ursprünglichen Fassung finden sich in der definitiven Version des Massnahmenplans doch einige Änderungen. Eine, nicht abschliessende, Übersicht über die wichtigsten Änderungen.

Diese Sparmassnahmen sind zurückgestellt:

Ursprünglich wollte der Kanton die **Schülerpauschale** um fünf Prozent senken, im Gegenzug die Vorgaben des Kantons für die Schulen sen-

reich. Nun verzichtet der Regierungsrat vorerst auf diese Sparmassnahme.

Diese Massnahmen sind weggefallen:

Die **Leistungsboni der Kantonsangestellten** sollten vorübergehend von 2,5 Prozent der Lohnsumme auf 2 Prozent gesenkt werden. Insgesamt 7 Millionen sollten so gespart werden. Der Regierungsrat verzichtet auf diese Massnahme, nicht aber auf weitere Sparmassnahmen beim Lohn der Kantonsangestellten. So soll nächstes Jahr kein Teuerungsausgleich gewährt und auch das System mit den Erfahrungsstufen überarbeitet werden.

Der **Waldfünfliber,** eine Abgabe jeder Gemeinde in der Höhe von fünf Franken pro Einwohnerin und Einwohner für den allgemeinen Waldunterhalt, sollte verdoppelt werden. Sparpotenzial für den Kanton: 1,3 Millionen pro Jahr. Auch darauf will der Regierungsrat nun verzichten.

Diese Massnahmen sind neu dazugekommen:

Der Kanton will eine **Obergrenze für Sonderschulplätze** einführen. Drei Millionen jährlich sollen so gespart werden. Konkret sollen Platzierungen möglichst restriktiv geplant werden. Heisst konkret: Kinder sollen wann immer irgendwie möglich in der Regelschule unterrichtet werden.

Eine systematische **Überprüfung sämtlicher Staatsbeiträge** hatten mehrere Verbände und Parteien gefordert. Subventionen, bei denen kein wirtschaftlicher oder gesellschaftlicher Nutzen nachweisbar ist, sollen gestrichen werden. Die Regierung schätzt das Sparpotenzial auf 2 Millionen pro Jahr.

Der Kanton will die **Auslagerung der Standortförderung** prüfen. Sparpotenzial: 140'000 Franken jährlich.

Im Rahmen der Unternehmenssteuerreform gewährte der Kanton den Gemeinden als Kompensation für die sinkenden Steuereinnahmen von Firmen vorübergehende **Ausgleichszahlungen.** Diese sollen in den Jahren 2026 und 2027 einmalig um je 2 Millionen gesenkt werden. Dies ist die einzige neue Massnahmen, die in die Kompetenz des Kantonsrats fällt.